

Wie entlarvt sich angesichts neuer Raketen Bonns Gerede von Freiheit und Demokratie?

- Die Friedensbewegung wird bekämpft
- Verweigerung demokratischer Rechte
- Brutale Gewalt gegen Andersdenkende

Niemals zuvor hat die Frage Krieg oder Frieden so viele Menschen bewegt und wachgerüttelt wie heute. Noch nie haben so viele Bürger kapitalistischer Staaten ihrem Protest gegen die nuklearen Erstschlagwaffen und Aggressionsabsichten der USA so konkreten Ausdruck verliehen wie gegenwärtig. Noch nie haben so viele Menschen erkannt, wer den Weltfrieden bedroht, und deshalb ihren Anspruch zur Geltung gebracht, in den für die menschliche Existenz bedeutenden Grundfragen des gegenwärtigen internationalen Lebens mitzuentcheiden.

Auf der 7. Tagung des ZK der SED hat Genosse Erich Honecker noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß „die USA entgegen dem Willen der Mehrheit der

Völker mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa begonnen“ haben. „Dieser Schritt, der besonders von der BRD, von der Regierung Kohl, mit sehr großer Intensität herbeigeführt wurde, birgt verhängnisvolle Folgen in sich.“¹¹ Gerade in Bonn, wo man nicht müde wird, vehement über Freiheit und Demokratie zu reden, wurde der Wille der Mehrheit der Bürger mit Füßen getreten. In dem Maße, wie der Volkswiderstand gegen die USA-Raketen gewachsen ist, erfahren die Bürger der BRD, die ja Hauptstationierungsland ist, was NATO-Politiker unter Freiheit und Demokratie wirklich verstehen, wie die Demontage der Reste bürgerlicher Demokratie und Freiheit forciert wird.

Eine Diktatur gegen die Mehrheit des Volkes

In einer Situation, da die Mehrheit des Volkes ihr elementarstes Recht, das Recht auf Leben, geltend machen will, kommt das wirkliche Wesen der von Bonn oft deklarierten bürgerlichen Demokratie so richtig zum Ausdruck. Es ist eine gegen den erklärten Willen des Volkes gerichtete Raketendiktatur. Denn der Bonner Regierung ist es genau bekannt, daß sich 75 Prozent der BRD-Bürger gegen die US-Erstschlagwaffen ausgesprochen haben.

Im ehemaligen imperialistischen deutschen Kaiserreich wurden alle jene verketzert und verfolgt, die für Frieden und Völkerverständigung eintraten. Sie wurden als „vaterlandslose Gesellen“ abgestempelt. Im faschistischen Deutschland wurden Kämpfer für den Frieden und gegen die Vorbereitung des faschistischen Raubkrieges als „Volksfeinde“ gejagt, verurteilt, hingerichtet. Der bundesdeutsche Imperialismus, der sich als Hüter der freiheitlichen Demokratie ausgibt,

kann gegenwärtig die Friedenskräfte in seinem Machtbereich nicht in gleicher Weise behandeln, nicht so, als seien sie „nackt unter Wölfen“, wenn er auch besonders in den 50er Jahren mit dem Verbot demokratischer Parteien und Organisationen, mit der Verurteilung aufrechter, für Frieden und Demokratie Eintretender Bürger sein wahres Gesicht nicht verbergen konnte.

Heute ist eine andere Situation. Es gibt eine starke Friedensbewegung. Heute muß der Imperialismus vor allem der Existenz des realen Sozialismus und dessen Ausstrahlungskraft Rechnung tragen.

Dennoch bleibt der bundesdeutsche Imperialismus auch jetzt Imperialismus und damit diktatorisch und gewalttätig. Von Demokratie wird zwar geredet, doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Da bedient er sich offen und unverhüllt eines breiten und vielfältigen Instrumentariums, um den Widerstand gegen die Stationierung der USA-Erstschlagraketen und gegen den von der Reagan-Administration entfesselten Konfrontations- und Hochrüstungskurs zu brechen.

Zu diesem Instrumentarium gehören Schlagstock, Wasserwerfer, chemische Keule, auch der scharfe Schuß, gesetzliche Verfügungen und der Einsatz des imperialistischen Massenmedien zur Verdrehung der Wahrheit. Keine Frage, daß sich Bonner Demokratieverständnis vor allem darin äußert, wann und wo welche Mittel gegen die Friedenskräfte einzusetzen sind. Ziel ist es, ein Klima zu schaffen, das der Durchsetzung der eigenen und